

### Neue Ideen für das Flugfeld Tempelhof

Eine Ausstellung zum Columbia-Quartier, die nicht nur neue Vorstellungen entwickelt, sondern auch teilweise auf Ablehnung und Verwunderung trifft.

Seite 4

### Rudow gegen rechts...

Mit tatkräftiger Unterstützung des Jugendamtes hat ein Bürgerbündnis die Tradition rechter Aufmärsche auf der Rudower Spinne gebrochen.

Seite 3

### Stadtteilmütter mit neuen Aufgaben

Eine neue Kooperationsvereinbarung sichert die Arbeit dieses Projekt weiterhin ab und weitet das Tätigkeitsfeld aus.

Seite 7

# Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 167, I /2009

## Neuköllner Kieze:

## Entwicklung oder Verdrängung

## Nord-Neukölln im Wandel?

**„Gentrify this“ hat jemand an den Rolladen eines leer stehenden Ladengeschäfts in der Weserstraße gespritzt, ein paar Ecken von der Rütli-Schule entfernt. Dahinter steckt ein Begriff, den bis vor kurzem niemand mit Neukölln in Verbindung gebracht hat: Gentrifizierung. Vereinfacht übersetzt „Verdrängung durch Aufwertung“, angestammte Mieter werden - vor allem durch steigende Mieten - aus einem Quartier vertrieben.**

**Der Norden von Neukölln ist für eine solche Entwicklung prädestiniert: günstige Mieten, attraktive Altbauwohnungen, zentral gelegen. Die Gegend hat ihr Gesicht in den letzten Jahren deutlich gewandelt, viele Cafés, Bars, Galerien, kleine Modelabels und andere Kreative haben sich im Reuterkiez angesiedelt.**

Auch in anderen Gebieten in Nord-Neukölln wurden teilweise jahrelang leer stehende Gewerberäume wiederbelebt. Viele Bewohner haben diese Entwicklung positiv und viele Angebote als Bereicherung aufgenommen: der Kiez wird insgesamt als lebenswerter, freundlicher und sicherer wahrgenommen.

Auch die Identifikation mit dem Kiez hat sich verstärkt, Netzwerke sind entstanden. Die billigen Wohnungen sind längst nicht mehr das einzige Argument in Neukölln zu leben.

Die neuen Gewerbe haben meist leer stehende Flächen belebt, zunehmend werden jedoch auch Bestandsmieter

zu vorsichtig-mahnenden Stimmen. Wie viel davon Fakt und wie viel Schein ist, wie viel Verdrängung tatsächlich stattfindet oder zu befürchten ist, ist dabei schwer nachzuweisen und noch schwerer zu prognostizieren. Unabhängig von der Beurteilung des Wandels gilt es Luxussanierungen zu verhindern. Auch über Mietobergrenzen muss diskutiert werden. Sozial Schwächere in andere Gebiete zu verdrängen, verschärft die Probleme anstatt sie zu lösen. Jenseits des Mietpreises spielen auch andere Faktoren eine Rolle: Menschen mit ausländischem Namen haben es erwiesenermaßen schwerer,

Bevölkerung ist von staatlichen Transferleistungen abhängig, drei Viertel der Jugendlichen schaffen höchstens den Hauptschulabschluss und haben damit kaum Aussicht auf einen Existenz sichernden Job, viele Kinder wachsen in Armut auf.

### Kieze weiter stabilisieren

In den letzten Jahren ist mit vielfältigen Mitteln und Geld - vor allem von der EU - versucht worden, Nord Neukölln zu stabilisieren. Das Quartiersmanagement im Reuterkiez hat Bewohner aktiviert und Projekte angestoßen. Die Stimmung hat sich gewandelt, das Selbstbewusstsein ist gestiegen. Dies ist jedoch kein Selbstläufer. Arbeit und Bildung für die hier Lebenden sind die wichtigste Herausforderung. Daneben wird sich zeigen, wie viele der neuen Angebote überleben, wenn die Stadtmagazine den nächsten Szene-Kiez irgendwo anders in Berlin ausrufen. Manche werden dann weiterziehen um woanders Geld zu verdienen. Aber es gibt auch viele, die hier leben und ihren Kiez positiv verändern wollen. Zu wünschen ist, dass sie auch dann nicht wegziehen, wenn sie Kinder bekommen und diese schulpflichtig werden. Hierfür braucht

## Neuköllns schöne Seiten

## 100 Jahre Rathaus Neukölln Ein Jubiläum in historischem Gepränge



Foto: jüb



Neuköllner Kieze: Lebenswert, freundlich, aber auch problembehaftet;

Foto: jüb

mit Mieterhöhungen konfrontiert. Spürbar schwieriger ist es mittlerweile geworden, in Neukölln eine Wohnung zu finden. Zwanzig Interessenten auf eine Wohnung sind in manchen Kiezen keine Seltenheit mehr

### Mietsteigerungen verschärfen Probleme

Steigende Mietpreise machen gerade für sozial Schwächere einen Umzug innerhalb des eigenen Kiezes zum Problem. Besonders im Reuterkiez wird über Gentrifizierung diskutiert, darunter auch von vielen, die selbst in den letzten Jahren zugezogen sind. Das reicht von linker Fundamentalkritik bis

eine Wohnung zu finden - gerade wenn Vermieter die Wahl haben.

Im jüngsten Sozialatlas, der von dem renommierten Humboldt-Professor Hartmut Häußermann erarbeitet wurde, ist von Aufwertung keine Rede. Im Gegenteil: weite Teile Neuköllns weisen eine höchst problematische Sozialstruktur auf, viele Gegenden sind in den letzten Jahren sogar noch abgestürzt. Für den Reuterkiez - der in der Untersuchung allerdings weit größer ist als im allgemeinen Sprachgebrauch - ist allenfalls eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau zu erkennen. Neukölln hat immense soziale Probleme: Ein Drittel der

es vor allem bessere Schulen und dafür wiederum mehr Personal und eine bessere Ausstattung, aber auch engagierte Eltern, die diese einfordern und nutzen. Hierfür muss das Land Berlin auch jenseits von Quartiersmanagement endlich sorgen.

Jochen Biedermann

### ...übrigens:

Der  
Neuköllner Stachel

ist auch online verfügbar:  
[www.gruene-neukoelln.de](http://www.gruene-neukoelln.de)

Einst als Regierungs- und Verwaltungszentrale („Amtshaus“) der Stadt Rixdorf geplant, wurde es mit der Konstituierung der Stadt Groß-Berlin dann zum Rathaus Neukölln.

Bereits 1904 hatten die sonst sparsamen Stadtverordneten von Rixdorf die finanziellen Mittel zum Bau eines neuen und repräsentativen Rathauses genehmigt. Der Neubau, in den Jahren zwischen 1905 und 1914 in mehreren Bauabschnitten errichtet, war das Hauptwerk des Neuköllner Stadtbaurates Reinhold Kiehl.

Die feierliche Einweihung des ersten und Haupt-Bauabschnitts fand am 3. Dezember 1908 statt und war vielleicht als Weihnachtsgeschenk für die Rixdorfer gedacht. Die Art der bodenständigen Architektur mit ihren massigen Natursteinfassaden und der hohe Turm sind schon damals als Sinnbild erkannt worden für das Bestreben der Rixdorfer: Wir wollen hoch hinaus!

Die Einweihung von vor hundert Jahren war auch der Anlass für den Bezirksbürgermeister und seine Verwaltung, am 4. Dezember 2008 zu einem Festakt in das „Allerheiligste“ zu laden.

Nicht von ungefähr war in den Wochen zuvor das rathäusliche Treppenhaus aufwendig renoviert worden. Diese Arbeiten gipfelten in der Herrichtung einer „Kiehl-

Etage“, die dem Baumeister nach hundert Jahren ein verdienstvolles „Entree“ in der Bürgermeisteretage des Rathauses bescherte. Und, um das Maß der Ehrung für den honorigen Rixdorfer/Neuköllner Stadtbaurat voll zu machen, wurde nicht nur eine Büste des zu Ehrenenden aufgestellt, nein: Herr Stadtbaurat gaben sich höchstselbst die Ehre, die geladenen Gäste zu begrüßen (Bild).



Aufmerksam hörten Bezirksverordnete, Parteienvertreter, auch einige Neuköllnerinnen und Neuköllner mit besonderer Verbindung zu Politik und Verwaltung des Bezirkes dem (allerdings „nachgemachten“) Stadtbaurat Kiehl zu, wie er beim Bau des Rathauses „den harmonischen Übergang vom Großen zum Monumentalen“ geschafft hat. Dabei stand Bezirksbürgermeister Buschkowsky zustimmend neben ihm und dachte wohl: Das schaffe ich doch auch, denn wo Neukölln ist, ist vorne... überall.

jüb



Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

## Bericht aus Brüssel



### Aktionsplan „städtische Mobilität“ muss her, denn die Zeit drängt!

Die EU-Kommission muss mit ihrer Verzögerungstaktik Schluss machen und endlich einen Aktionsplan zur „Städtischen Mobilität“ vorlegen. Angekündigt war er für den Herbst, vorgelegt hat die Kommission bis heute nichts. Doch die Zeit drängt: Im Kontext des Klimawandels spielt der städtische Verkehr eine zentrale Rolle. Er ist in den Städten für 70 Prozent aller Treibhaus-Gase verantwortlich. Nur mit einer anderen Verkehrspolitik wird es der EU gelingen, die eigenen Klimaschutzziele zu erreichen. Die größten Potentiale liegen in den Städten, denn 90 Prozent aller dort zurückgelegten Autofahrten sind kürzer als 6 Kilometer.

Entfernungen, die bestens geeignet sind um umzusteigen auf Bahn, Bus, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen. Wenn den Städten und Ballungsräumen wirksam geholfen werden soll, muss die EU-Kommission mehr vorlegen und konkreter werden als im Grünbuch zum Stadtverkehr. Mit reinen Absichtserklärungen gibt es in der Tat keinen europäischen Mehrwert. Wir Grüne fordern erstens, dass die EU-Kofinanzierung umweltfreundlich umgeschichtet wird. Bisher werden 60 Prozent der EU-Gelder im Verkehrsbereich für Straßenprojekte eingesetzt, nur 20 Prozent gehen in den Öffentlichen Nahverkehr und die Schiene. Wir wollen mindestens 40 Prozent für die Schiene - wie es das Parlament in meinem Bericht zum 1. Eisenbahnpaket beschlossen hat. Wir wollen zweitens EU-Gelder nur dann gewähren, wenn Städte einen nachhaltigen Mobilitätsplan vorlegen können. Wir wollen drittens die Verkehrssicherheit erhöhen durch ein generelles Tempo-Limit von 30 km/h - mit der Möglichkeit der Städte, eigenständig für bestimmte Straßen höhere Geschwindigkeiten auszuweisen. Das ist nicht nur gut fürs Klima, es reduziert auch die Unfallzahlen, denn jedes Jahr sterben 40.000 Menschen auf Europas Straßen.

move green



### Zur Diskussion:

## „Pro Dialog“ - Miteinander statt Trennung Wertediskussion weiter notwendig

Nach dem Volksentscheid über den Flughafen Tempelhof im vergangenen Jahr dürfen wir wohl bald erneut entscheiden, diesmal über Religion als Wahlpflichtfach in den Berliner Schulen als Alternative zum Ethikunterricht. Ganz ehrlich habe ich mir gewünscht, es wäre nicht dazu gekommen. Nicht vordergründig weil ich anderer Meinung bin, als die Initiative „pro Reli“ es begehrt, sondern weil die Gefahr einer sehr unangenehmen Auseinandersetzung besteht.

Die beiden großen Kirchen sind in vielen gesellschaftlichen Konflikten durchaus Bündnispartnerinnen fortschrittlicher Politik, sei es in der Sozial-, Asyl- oder Friedenspolitik. Klar, wenn der Papst mal wieder über Homosexualität herzieht, dreht sich mir der Magen um und seine Haltung zu Kondomen kann ich angesichts der furchtbaren Zahl HIV-Infizierter insbesondere in Afrika nur mit Fassungslosigkeit betrachten, aber ich hatte trotz meiner Ungläubigkeit kein Problem mit überzeugten Katholiken gegen den Krieg im Irak zu demonstrieren.

Beim Volksentscheid über den Religionsunterricht gehtes im Kern um die Frage, ob Kinder und Jugendliche

in dieser Stadt - unabhängig von ihrem Glauben - in den Schulen die Gelegenheit haben sollen, sich in einem speziellen Unterrichtsfach über gemeinsame oder auch trennende Wertvorstellungen auszutauschen oder ob dies streng getrennt unter jeweiliger Glaubensaufsicht zu geschehen hat. In einer multikulturellen Stadt kann der richtige Ansatz nur das Miteinander sein, Trennung und damit einhergehende Konflikte haben wir gerade in Neukölln schon mehr als genug, sei es in einzelnen Stadtteilen oder an vielen Schulen. Der sachliche Streit über diese Frage kann und soll im Vorfeld der Abstimmung aber durchaus geführt werden.

### Fragwürdige Argumente

Sorge bereiten allerdings einige Parolen und Auftritte der „pro Reli“-Initiative. Da war schon die Forderung nach „freier Wahl“ höchst fragwürdig, schließlich wusste auch die Initiative sehr genau, dass die „freie Wahl“ sich auch in Zukunft für einen zusätzlichen Religionsunterricht - und zwar gefördert mit erheblichen Steuermitteln - zu entscheiden, von Niemandem bestritten wird.

Worum geht es wirklich? Es geht bei diesem Volksentscheid eben nicht

um Religionsfreiheit. Natürlich kann diese zentrale Parole der „pro Reli“-Initiative mit etwas Gelassenheit noch als „Politik übliche Vereinfachung“ durchgehen, und über die Verteilung von Elternbriefen über die ReligionslehrerInnen will ich an dieser Stelle auch nicht streiten.

Es gibt allerdings eine Linie, die in der kommenden öffentlichen Debatte nicht nochmal überschritten werden sollte. Wenn mit der Parole „Werte brauchen Gott“ den Menschen eingeredet werden soll, die Werte, nach denen z.B. ich selbst mein Leben einrichte, seien keine oder zumindest keine legitimen Werte. Ich selbst werde jedenfalls versuchen, die Auseinandersetzung um die Frage nach Religion als Wahlpflichtfach zu führen, ohne dem Gegenüber die Ernsthaftigkeit seiner eigenen Wertvorstellungen zu bestreiten. Ich denke, unsere Gesellschaft leidet an zu viel Trennung heute schon mehr als an zu viel Gemeinsamkeit. Orte für einen offenen Dialog über unterschiedliche Wertvorstellungen gibt es viel zu wenig. Geben wir der Schule in Berlin - mit all ihren Problemen - die Chance ein solcher Ort zu sein.

Micha Wendt

## 90 Jahre Wahlrecht für Frauen Viel erreicht und noch viel zu tun

**Am 19. Januar 1919 durften Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und auch gewählt werden. Dass dieses neue Recht auch den Zeitgenossinnen als ein Meilenstein erschien, wird durch die hohe Wahlbeteiligung deutlich: 82 Prozent der weiblichen Wahlberechtigten nahmen an dieser Wahl zur Nationalversammlung teil. Von den gewählten 423 Abgeordneten sind 41 Frauen. Das aktive und passive Wahlrecht für deutsche Frauen verkündete übrigens der „Rat der Volksbeauftragten“ am 12. November 1918, einen Tag nach der deutschen Kapitulation.**

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die bürgerliche Frauenbewegung aber schon einen langen Kampf hinter sich. Er beginnt im deutschen Revolutionsjahr 1848, in dem sich auch viele Frauen für mehr Liberalität und Demokratie einsetzten. Dieser Kampf wurde mehr aus dem Hintergrund geführt, wo sich die Frauen damals zeitgemäß aufhielten. Auf den Barrikaden standen nur wenige und hielten feurige Reden über Presse- und Meinungsfreiheit, oder das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Zu ihrem großen Leidwesen mussten die Frauen dann aber feststellen, dass auch die größten Revolutionäre unter „Bürgern“ nur Männer verstanden. Sie durften sich die Wahl zur Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche nur von der Zuschauertribüne anschauen.

### Teilhabe lange untersagt

Nach dieser Enttäuschung ging es aber noch weiter, ab 1850 wurden Frauen in allen deutschen Staaten sukzessive per Gesetz aus allen politischen Vereinen ausgeschlossen und ihnen wurde die Teilnahme an politischen Veranstaltungen untersagt. Man sieht also, dass es den Frauen wirklich schwer gemacht wurde für ihr Recht zu kämpfen. Dass sie dies dann vor 90 Jahren doch durchsetzen konnten, ist ein Grund zum Feiern. Die Frage, die damit aufgeworfen wird, ist natürlich, ob damit nun alles gut ist und die Demokratie schon selbst für



Vor 100 Jahren durften Frauen sich das erste Mal politisch betätigen, z.B. in Parteien oder politischen Vereinen. Auf ihr Wahlrecht mussten sie allerdings noch 10 Jahre warten... Foto: Repro

die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sorgt. Schließlich haben wir in Deutschland eine Kanzlerin. Das ist natürlich eine schöne Sache, aber davon zu reden, dass Frauen in der Politik nun völlig gleichberechtigt sind, wäre (leider) verfehlt. Unser Motto bei Bündnis 90/Die Grünen lautet deshalb auch: Jubeln und weiterkämpfen. Es wurde viel erreicht, aber da geht noch mehr.

### Grüne Frauen vorn

Wenn wir uns die aktuellen Zahlen angucken, sehen wir auch sofort, wo noch Spielräume sind. Heute liegt der Frauenanteil im Bundestag bei lediglich 32 Prozent, einem knappen Drittel. Aber ohne uns Grüne sähe

es noch viel trauriger aus, denn wir sind mit 58 Prozent Frauenanteil bei unseren Bundestagsabgeordneten einsame Spitze. Zum Vergleich, die FDP ist mit lediglich 23,1 Prozent trauriges Schlusslicht. Wie konnten wir diese Spitzenposition erklimmen, obwohl wir doch eine eher junge Partei sind? Die Antwort ist einfach: Durch unsere Frauenquote. Die ist nicht unbedingt charmant, aber sehr erfolgreich und eines unserer grünen Alleinstellungsmerkmale. Man kann auch sagen: oft kopiert und selten erreicht. Nur die Linkspartei hat eine ähnlich gute Einbindung von Frauen in die Parlamente. Bei ihnen hakt es nur noch an der gleichberechtigten Besetzung in den Führungspositionen. Da setzen sie doch lieber auf das „Regime der alten Säcke“, wie Lafontaine, Gysi, Bisky und Co. auch gerne scherzhaft genannt werden. Wir würden nie behaupten, dass Frauen per se die besseren Menschen sind, aber wir wissen, dass sie andere Erfahrungen und Sichtweisen in die Politik einbringen. Gerade auf kommunalpolitischer Ebene sind Frauen eher selten zu finden, weil diese Arbeit oft ehrenamtlich ist und Frauen neben Beruf und Familie dieses Engagement nicht auf sich nehmen können.

### Macht teilen

Deshalb müssen wir gerade hier Rahmenbedingungen schaffen, die Frauen eine Teilhabe ermöglichen. Der Demokratie fehlt ohne Frauen einfach die Hälfte, und auf diese Hälfte wollen wir auf keinen Fall verzichten. Unser erklärtes Ziel war und ist es, politische Macht sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten und Verantwortung gerecht zwischen Männern und Frauen aufzuteilen.

Anja Kofbinger

### Grüne Positionen...

## Klima(killer)bündnis

Wowereits „Klimabündnis“ hat diesen Namen nicht verdient, denn dadurch wird kein einziges Gramm CO<sub>2</sub> zusätzlich eingespart. Wowereit schmückt sich mit einigen Klimaprojekten, die ohnehin geplant und auch ohne sein „Klimabündnis“ umgesetzt würden. Außerdem: Wowereit schadet dem Klimaschutz in Berlin, indem er Vattenfall zum „Klimabündnis-Mitglied“ adelt. Dieser Konzern hat in Hamburg gegen den politischen Willen der dortigen Landesregierung ein riesiges Kohlekraftwerk juristisch durchgesetzt und plant auch in Berlin den Bau eines solchen Klimakillers, der allein über 20 Prozent des derzeitigen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes Berlins verursachen und die CO<sub>2</sub>-Einsparungen von zehn Klimabündnissen zunichte machen würde.

Die Kohlepläne von Vattenfall in Berlin sind mit einfachen Mitteln zu stoppen: Vattenfall hat in Berlin noch gar keinen Genehmigungsantrag gestellt und zudem angekündigt, dassiesige Kohlekraftwerk nicht gegen die Widerstand der ganzen Stadt zu bauen. Halb Berlin hat sich schon gegen ein neues Vattenfall-Kohlekraftwerk ausgesprochen - von CDU bis Grüne, von IHK bis BUND. Nur Klaus Wowereit nicht. Daran muss Klaus Wowereit endlich aktiv arbeiten.



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte: Vorstandssprecher: Jochen Biedermann, Tel: 0163 2891707 Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet: <http://www.gruene-neukoelln.de> Mail: [vorstand@gruene-neukoelln.de](mailto:vorstand@gruene-neukoelln.de) **Bezirksgruppe:** Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der Grünen, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

**Kontakttelefone**  
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule: Susanna Kahlefeld, 687 82 12  
Stadtentwicklung, Grünflächen: Jürgen Biele, 663 56 40  
**Frauen:** Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73  
**Gesundheit, Umweltschutz:** Gabriela Gebhardt 603 77 54  
**Homepage der Bezirksgruppe:** Jochen Biedermann, 0163 2891707  
**Soziales und Verkehr:** Bernd Szczepanski, 625 72 54  
**Wirtschaft:** Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.: Jürgen Biele (jüb), Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Gabriele Vonnekold, Michael Cramer, Bertil Wewer, Bernd Szczepanski, Hanna Schumacher, Susanna Kahlefeld, Jochen Biedermann, Peter Koller, Anja Kofbinger, Michael Wendt; Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung. Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin



# Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

## Umweltzone

Die erste Sitzung im neuen Jahr begann mit der Aufarbeitung einiger „liegendebliebener“ Drucksachen aus der Dezember-Sitzung. Darunter auch ein CDU-Antrag mit der Forderung: **Zweite Stufe der Umweltzone verschieben.** Der Antragsteller sah mit der Umsetzung der zweiten Stufe ab 1. Januar 2010 den Mittelstand in seiner Existenz bedroht, da viele Fahrzeuge nicht mit Feinstaubfiltern nachzurüsten sind und daher Neuanschaffungen drohen! Die grüne Bezirksverordnete Hanna Schumacher wies nochmals auf die lebensbedrohende Wirkung von Feinstaub-Emissionen hin und stellte in Abrede, dass die Umweltzone gegen mittelständische Handwerksunternehmen gerichtet sei. Allerdings hätte auch sie sich mehr unterstützende Maßnahmen, etwa mehr Ausnahmeregelungen, vorstellen können. Auch Baustadtrat Blesing (SPD) griff in die kontroverse Debatte ein: Schuld sei die Automobilindustrie und deren Unvermögen, entsprechende Filter bereit zu stellen. Schließlich wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD, Grüne und Linke abgelehnt.

## Eine Milliarde für Neukölln

Abgelehnt wurde auch ein Antrag des grünen Bezirksverordneten Bernd Szczepanski, der unterstützt von den Grauen, forderte, „dass zur Rettung Neuköllns aus der Sozialkrise eine Milliarde Euro als Sofortmaßnahme

bereitgestellt wird“. Mit diesem auch ironisch gemeinten Antrag sollte auf die Aktivitäten der Bundesregierung zur Rettung der selbstverschuldet in Not geratenen „Finanzdienstleister“ hingewiesen werden. Szczepanski: „Während sich der Bezirk kaputt spart und sich mit dem Mangel eingerichtet hat, sind plötzlich über 500 Milliarden Euro da, um „notleidende Banken“ zu beschirmen...“ Dieser Bankenschirm würde Neukölln über 1000 Jahre (!) einen ausgeglichenen Haushalt besichern. Dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Jürgen Koglin wardie Situation zuernst, als über sie zu ironisieren und offenbarte damit eine bemerkenswerte Humorlosigkeit.

## Erfolge

Der Chronist kann aber auch Erfolge grüner Tätigkeit in der Neuköllner BVV vermelden: So wurden zwei Anträge der grünen Fraktion zum Thema *Bauplanung auf dem Tempelhofer Feld* beschlossen, die eine stärkere Beteiligung des Bezirks an der Bauleitplanung fordern, dabei erforderliche Infrastruktursicherstellen wollen, aber gleichzeitig das Areal im Wesentlichen unbebaut lassen wollen. Und falls Wohnraum geschaffen wird, soll der für „breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar“ sein. Ferner wurden drei Anträge beschlossen, die sich um ein Klimaschutzkonzept für Neukölln bemühen, eine Beteiligung an Förderprogrammen zur energetischen Gebäudesanierung fordern und CO<sub>2</sub>-Einsparung vorantreiben wollen.



Und dies alles mit ausdrücklicher Unterstützung der CDU-Fraktion!

## Investitionsplanung

Beschlossen wurde auch die Investitionsplanung 2009 bis 2013, deren herausragende Einzelmaßnahmen die Abrisse der asbestbelasteten Schulruinen der ehemaligen Leonardo-da-Vinci- und Clay-Schule sowie deren Neubauten sind.

## Konjunkturpaket für Neukölln

Die CDU-Fraktion wollte mit einer Großen Anfrage „Auswirkungen des Konjunkturpaketes II auf Neukölln“ erkunden und hatte selbst dazu auch Forderungen, die sie in zwei Anträgen formulierte: Nord-Neuköllner Grundschulen zu Ganztagschulen ausbauen, die Schulneubauten realisieren und die Sanierung der Psychiatrie des Klinikum Vivantes ermöglichen... Baustadtrat Blesing erläuterte: Das Konjunkturprogramm II hat für Berlin ein Volumen von 632 Millionen Euro, davon entfallen 196 Mio Euro auf Schulen und 54 Mio Euro auf Krankenhäuser. Eine Quotierung der Mittel auf Bezirke wird es nicht geben.

Weil der „letzte Cent“ aus dem Programm am 31.12.2011 abgerechnet sein muss, ist es lt. Stadtrat Blesing ungewiss, ob die Schulneubauten bis zu diesem Zeitpunkt von der Planung bis zur Fertigstellung realisiert werden können. Eine direkte Zuständigkeit für Vivantes und damit für die Sanierung der Psychiatrie hat der Bezirk nicht, will sich aber unterstützend in den Prozess einbringen. Deshalb wurden beide Anträge der CDU abgelehnt.

jüb

## Grüne Aktivitäten in der BVV:

# Klimaschutzkonzept für Bezirksgebäude

**Klimaschutz ist ein europäisches Thema, ein internationales mit globalen Konferenzen, auf denen sich Regierungs-Chefs und Pressevertreter tummeln. Aber Klimaschutz ist auch ein lokales Thema. Jede und Jeder kann und muss einen Beitrag leisten, wenn die Klimaerwärmung begrenzt werden soll. Also auch Städte und Gemeinden und in Stadtstaaten wie Berlin eben die Bezirke. Und zu tun gibt es genug.**

Für Neukölln sind Einsparungen von Energie in den bezirklichen Gebäuden die wichtigste Möglichkeit, den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) zu verringern. Hier hat der Bezirk – anders etwa beim Thema Verkehr – Handlungsspielraum. Das sogenannte „Facility Management“, die zentrale Einheit zur Verwaltung der bezirklichen Gebäude, ist hierfür verantwortlich. Maßnahmen in diesem Bereich sind auch deshalb besonders wichtig, weil sie nicht nur zu einer Reduzierung der Treibhausgase beitragen, sondern langfristig auch den Haushalt entlasten. Schließlich sind Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen fast immer Maßnahmen zur Energieeinsparung, so dass durch sie auch die Kosten für den Energiebezug gesenkt werden. Die Grünen sind hier schon lange aktiv. Die Mittel, aus denen die energetische Sanierung finanziert werden kann, sind seit jeher knapp. Deshalb schlagen die Neuköllner Grünen seit Jahren Contracting- oder Intracting-Modelle vor. Beim Contracting führt ein externer Dienstleister die notwendigen Maßnahmen zur energetischen Sanierung durch und erhält als

Entgelt einen Teil des Geldes, das durch geringere Energieausgaben für das sanierte Gebäude erwirtschaftet werden. Beim Intracting wird dieser Service durch eine bezirkseigene Verwaltungseinheit durchgeführt. Problematisch bleibt, dass hierfür weiterhin Investitionsmittel bereit gestellt werden müssen. Dafür bleibt dann der Gewinn komplett im Bezirk. Die Neuköllner SPD lehnt Contracting seit Jahren ab. Hier schöpfe ein privater Investor Gewinne ab, die der Bezirk selber gebrauchen könne. Grundsätzlich kein falsches Argument, allerdings helfen potenzielle Gewinne nicht viel. Wenn der Bezirk weder das Personal noch die notwendigen Mittel hat, um seine Gebäude energetisch zu sanieren, ist weder dem Bezirkshaushalt noch dem Klimaschutz geholfen. Eine stärkere Konzentration der bezirklichen Investitionsmittel auf den Klimaschutz ist sinnvoll, sollte aber von Contracting sinnvoll ergänzt werden, um die energetische Sanierung schneller voran zu treiben. Trotz dieser Differenzen innerhalb der Zählgemeinschaft geht es voran. Der zuständige Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung

hat in seiner letzten Sitzung auf Antrag der Grünen beschlossen, die bezirklichen Energiebilanzen zu einer Klimaschutzbilanzierung auszuweiten. Mit dem gleichen Antrag wird das Bezirksamt darüber hinaus aufgefordert, für die bezirklichen Liegenschaften ein umfassendes Klimaschutzkonzept mit konkreten Zielen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung zu erarbeiten. Die Zielerreichung und die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen sollen regelmäßig evaluiert werden.

Auch die Aufstellung eines solchen Konzepts kostet Geld. Allerdings lassen sich Mittel für den Klimaschutz aus verschiedensten Töpfen organisieren. Es gibt eine Vielzahl von Bundesprogrammen, z.B. für bezirkliche Klimaschutzkonzepte, aber auch für die energetische Gebäudesanierung. Hier muss der Bezirk aktiver werden, so dass Klimaschutzmaßnahmen und Baumaßnahmen für Sozial- und Bildungszwecke nicht im Konflikt stehen. Darüber hinaus kann die energetische Sanierung einer Schule oder Jugendeinrichtung auch sehr gut mit anderen notwendigen Erweiterungen und Sanierungen verbunden werden. Mit der Sanierung öffentlicher Gebäude kann der Bezirk eine Vorbildrolle einnehmen und so auch weitere Entwicklungen anstoßen. Davon profitieren die Umwelt und der Geldbeutel.

Hanna Schumacher

## Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

# Erfolgreich gegen „Rechts“ Bürgerbündnis in Rudow zeigt Gesicht

von Gabriele Vonnekold



Seit Jahren zeigen rechte Jugendliche an der Rudower Spinne unangenehme Präsenz, organisierten die Neonazis im Dezember Märsche von dort aus, und im vergangenen Frühjahr gipfelten die rechten Aktivitäten in den Brandanschlägen im Blumenviertel. Um diesen Umtrieben entgegenzutreten, gründeten sich in Rudow ein runder Tisch gegen Rechts als überparteiliches Bürgerbündnis und eine Anwohnerinitiative im Blumenviertel. Der Bezirk legte einen lokalen Aktionsplan unter der Regie der Abteilung Jugend im Bezirksamt Neukölln auf, um mit Bundesfördermitteln Projekte und Bündnisse zu fördern, die sich für Toleranz und Demokratie stark machen. In diesem Rahmen wurden diverse Aktivitäten unterstützt: Fachkräftefortbildung in Schulen und Jugendeinrichtungen, Jugend- und Kulturprojekte, Veranstaltungen, Feste und Öffentlichkeitsarbeit.

Im November und Dezember konnten die öffentlichkeitswirksamen Aktionen noch einmal durch eine Finanzspritze des Integrationsbeauftragten des Senates verstärkt werden. Über Wochen wurden jeweils mittwochs und

der Rudower Spinne eine Kunstaktion stattfand, daneben die Adventsmeile und die Rudower und ihre Gäste ungestört feiern konnten. Von den braunen Marschkolonnen war an diesem Tage nichts zu sehen.

Auch die Skeptiker, die anfangs argumentiert hatten, gegen die Präsenz der Rechtsextremen sei sowieso kein Kraut gewachsen und man würde durch Aktionen den rechten Kräften noch zusätzliche Aufmerksamkeit verschaffen und ihnen damit eher nützen und man würde dadurch dem Ruf Rudows schaden, wurden durch den Erfolg widerlegt und teilweise auch überzeugt.

## Nicht mehr wegsehen

In Rudow hat sich erwiesen, dass dort, wo die demokratische Mehrheit nicht länger wegschaut, sondern auf- und fest zusammensteht, Rechtsextreme keinen Platz haben.

Die „Tradition“ der braunen Aufmärsche am 1. Dezemberwochenende ist 2008 erfolgreich gebrochen worden. Damit dies kein einmaliger Erfolg bleibt, sondern sich eine neue, demokratische Traditionslinie für diesen Tag entwickeln kann, müssen die Aktivitäten weitergehen. Bürgerinnen und Bürger können deutlich machen, dass Freiheit, Toleranz und demokratische Grundwerte die einzige Grundlage einer Gesellschaft bilden, in der alle Menschen friedlich und gleichberechtigt zusammenleben. Intoleranz und Hass muss immer wieder neu entgegengetreten werden, und wenn dies konsequent geschieht, haben Antidemokraten keine Chance, denn sie sind eine verschwindend kleine Minderheit. Damit die demokratische Mehrheit ihre Stärke erkennt und nutzt, wird es auch in 2009 die Projekte und Aktionen für Demokratie und Toleranz geben. Als Jugendstadträtin werde ich



„Aktivisten“ und Rudower BürgerInnen unterstützen die Neuköllner Jugendstadträtin (links)

Foto: jüb

samtags Stände organisiert, um für ein tolerantes Miteinander zu werben und den Rechten eine deutliche Absage zu erteilen. Auf Plakaten und zwei BVG-Bussen zeigten Bürgerinnen und Bürger Gesicht für Demokratie und Toleranz. Die Resonanz der Bürger war ganz überwiegend positiv und viele Menschen zeigten sich froh, dass endlich die demokratische Mehrheit in Rudow sichtbar wurde. Bürgerinnen und Bürger und auch ganz besonders die Gewerbetreibenden in Rudow zeigten sich sehr zufrieden, dass es gelang, von den Rechten oft besetzte Räume friedlich aber unübersehbar für demokratische und Toleranz fördernde Aktivitäten zurück zu erobern. Ein schöner Erfolg der gemeinsamen Aktivitäten vieler Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Bündnisse war, dass am 1. Samstag im Dezember, dem Tag an dem sonst seit Jahren die Rechten ihre Aufmärsche an der Rudower Spinne gestartet hatten, auf

mich dafür einsetzen, Fördermittel nach Neukölln zu holen, um möglichst viele Projekte und Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger, die sich für ein tolerantes Neukölln einsetzen, unterstützen zu können, und ich werde mich auch weiterhin persönlich an solchen Aktionen beteiligen. Ich danke allen, die die bisherigen Aktivitäten getragen haben, freue mich schon jetzt auf die nächsten gemeinsamen Erfolge mit noch mehr aktiven Bürgerinnen und Bürgern und wünsche Allen ein gutes neues Jahr.



Kunstaktion: Vielfalt an der Rudower Spinne Foto: jüb



# Bauen auf dem Flugfeld Tempelhof

## Ausstellung zu einem Ideen-Wettbewerb der besonderen Art

Alles begann damit, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Ideen-Wettbewerb zur Nachnutzung des ehemaligen Flugfeldes Tempelhof auslobte. Ein Areal galt es zu beplanen – das Columbia-Quartier –, das zwischen Flugfeld und Columbiadamm „verortet“ wird und so groß ist wie 15 Fußballfelder. Wahrlich eine Aufgabe für ideenreiche Planer.

Vorschläge waren gefordert für den Bau von rund 1500 Wohnungen, auch Gewerbeflächen waren erlaubt. Rund 80 eingereichte Plankonzepte beschäftigten eine hochkarätige, auf Vorschlag der Berliner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher ausgewählte Jury zwei Tage lang. Zwölf Einsendungen fanden die Juroren würdig, in eine zweite Runde zu kommen. Noch im Frühsommer 2009 soll aus ihnen dann ein schlüssiges Konzept für eine Bebauung im Columbia-Quartier werden.

Eine als Bürgerinformation - und nicht etwa als Bürgerbeteiligung (Anmerkung des Autors) - gedachte Ausstellung wurde flugs in der Haupthalle des Flughafengebäudes auf Pappwänden installiert und nach einer publikumswirksamen Eröffnung durch den Regierenden Bürgermeister Wowerit und seine Senatskollegin Junge-Reyer, zuständig für Stadtentwicklung, der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Bei einigen Besuchern machte sich allerdings Erstaunen breit, als sie sich die Planungsvarianten näher ansahen: Wollte doch ein Planer aus dem Columbia-Quartier ein „Rotlichtviertel“ machen, vielleicht in Anlehnung an US-amerikanische Vergnügungsviertel a la „Seventy seven sunset strip“. Wie dieser Vorschlag die erste Jury-Hürde hat nehmen können, bleibt ein Geheimnis der Juroren! Immerhin: Senatsbaudirektorin Regula Lüscher findet diesen Entwurf „wohl eher nicht umsetzungsfähig“.

Wieder ein anderer meinte, die Hasenheide durch eine die Grünfläche durchschneidende Straße „erschließen“ zu sollen...

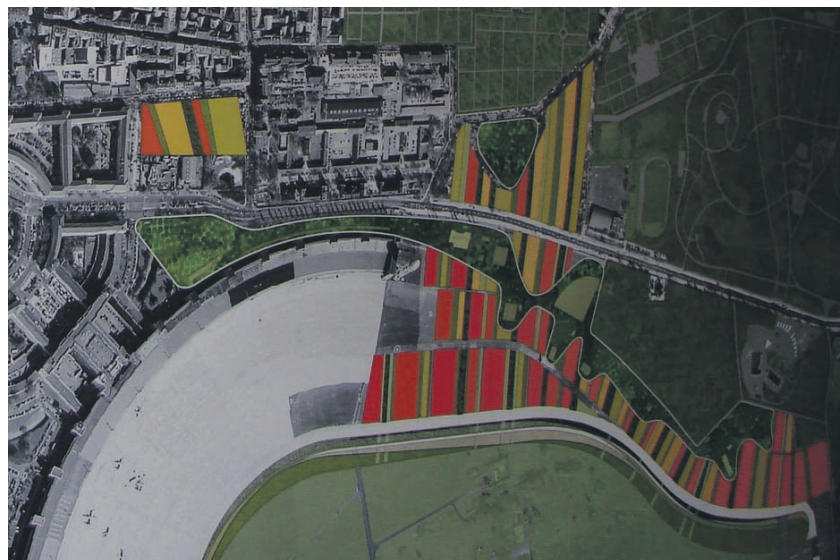
Da setzen sich andere Stadtplaner in ihren Entwürfen schon ernsthafte mit der Entwicklung des neuen Quartiers am Rande des Flugfeldes auseinander. So könnte eine Vernetzung „über ein Band von Neubauten mit dem Bergmannkiez“ auf Kreuzberger

sich ein anderer Planer vorstellen. Auch völlig neue Wohn- und Gebäudeformen - ineinander verschachtelt - finden sich in der Ideensammlung.

Es steht zu befürchten, dass der Senat wenn er an seinem Vorhaben einer „Internationalen Bauausstellung“ festhält, sich bei der Entwicklung der Freiflächen am Rande des Flugfeldes mit einer Planung konfrontiert sieht, die bestehende Wohn- und Bevölkerungsstrukturender Umgebung nicht berücksichtigt.

Hier ist Bürgerbeteiligung angesagt.

jüb



„Pionierband“: Amorphes Gebäudeband in Ost-West-Richtung, von Grün-Bändern unterbuchtet, die sich als Klima-Bänder darstellen...



„Quartiersvernetzung“: Quartiere Bergmannkiez und Columbiadamm, beiderseitig des Columbiadamm sind vernetzt, die Hasenheide wird südlich erweitert... Bilder: jüb



Sind Wowerit und Junge-Reyer von den Plänen begeistert?

Foto: jüb

### Grüne Abgeordnete nehmen Stellung:

#### Franziska Eichstädt-Bohlig, Fraktionsvorsitzende

Die Planung für das sogenannte Columbiaquartier ist als Einstieg für die bauliche Erschließung des Tempelhofer Feldes völlig ungeeignet. Schließlich handelt es sich um das Quartier mit der schlechtesten Anbindung an vorhandene Stadtteile. Zudem liegt es direkt neben dem Areal des Flughafengebäudes und muss mit dessen künftiger Nutzung gerade im Nordbereich korrespondieren. Die Planung darf also erst erfolgen, wenn hier Nügel mit Köpfen gemacht wurden.

Viel wichtiger ist: Neben der Diskussion um die Nachnutzung des Flughafengebäudes muss natürlich der Bedarf an Schulen, Jugend- und Sporteinrichtungen in Neukölln ermittelt werden. Dafür müssen endlich die Tempelhofer Sport- und Grünanlagen am Columbiadamm und der Oderstraße geöffnet werden. Die Planung von Wohninseln ohne Infrastruktur ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht.

## Was lange währt...

### Ein interkulturelles Leitbild für das Bezirksamt

Am 26. Oktober 2005 wurde in der Bezirksverordnetenversammlung ein Antrag der Grünen Fraktion beschlossen, in dem das Bezirksamt aufgefordert wird, sich ein Leitbild zur interkulturellen Öffnung zu entwickeln. Solche Leitbilder gab es damals schon in vielen Städten, vorbildlich war z.B. das Leitbild der Stadt Stuttgart: Darin verpflichtet sich die Stuttgarter Stadtverwaltung dazu, mehr Menschen mit interkultureller Kompetenz einzustellen und den Service für Bürger mit Sprachschwierigkeiten und geringen Kenntnissen deutscher Verwaltungsabläufe zu verbessern.

Sinnvoll ist es, Leitbilder zur Optimierung von Verwaltungsabläufen durch die Fachverwaltungen selbst erstellen zu lassen, weil diese am genauesten ihre Verbesserungspotentiale und ihre Problembereiche kennen. Dabei geht es um ganz konkrete Dinge wie Sprachkenntnisse an bestimmten Stellen der Verwaltung mit Publikumsverkehr, aber auch darum, jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die eine entsprechende Qualifikation mitbringen, für eine Ausbildung in der Verwaltung zu gewinnen. Ein gutes Leitbild verbindet beides: Verbesserung des Service für alle und Antidiskriminierungsarbeit.

Im Bezirksamt Neukölln passierte nach dem Beschluss nicht viel: Am 5.12.2007, also zwei Jahre nach dem ersten Beschluss, wurde ein Antrag der Grünen in den Ausschuss überwiesen, in dem gefordert wurde, das Leitbild bis zum Januar 2008 endlich vorzulegen. Mittlerweile – Januar 2009 – hat das Bezirksamt ein Leitbild formuliert. Es liegt seit einiger Zeit dem Migrationsbeirat vor, der sich als beratendes Gremium dazu äußern soll, bevor es in der Bezirksverordnetenversammlung diskutiert und beschlossen werden kann. Auch das kann noch dauern ...

Was der Vorgang bisher gezeigt hat: Wie nötig ein interkulturelles Leitbild sein muss, wenn es solchen Widerstand erzeugt. Grüne Mindestanforderungen an ein Leitbild für die interkulturelle Öffnung der Neuköllner Verwaltung

1. Der gemeinsame Verhaltenskodex der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verbietet herabsetzendes und ausgrenzendes Verhalten untereinander und gegenüber den BürgerInnen,
2. Interkulturelle Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Kommunikations- und Kon-

fliktraining sind verpflichtend.

3. Es werden interkulturelle Teamstrukturen angestrebt und bei der Einstellung von Fachkräften ist die Mehrsprachigkeit als Anforderung in die Stellenausschreibung aufzunehmen.

4. Anerkennung von interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Personal- und Aufgabenentwicklung.

5. Plakate und Informationsmaterial des Bezirksamtes werden sowohl in der Amtssprache Deutsch als auch anlassbezogen in den jeweils relevanten Sprachen veröffentlicht. Bei der Selbstdarstellung der Verwaltung im Netz wird Mehrsprachigkeit angestrebt.

6. Über den gesamten Prozess sowie seine Evaluation hat das Bezirksamt der Bezirksverordnetenversammlung und dem Bürgermeister regelmäßig zu berichten.

### Was nun geschehen sollte

Der Migrationsbeirat sollte so schnell wie möglich das durch das Bezirksamt vorgelegte Leitbild auf die Tagesordnung nehmen und diskutieren. Als beratendes Organ der Bezirksverordnetenversammlung hat der Beirat die Möglichkeit Änderungen vorzuschlagen. Danach kann die Bezirksverordnetenversammlung über das Leitbild befinden. Im Integrationskonzept des Berliner Senats aus dem Jahr 2007 wird ohnehin von allen Bezirksverwaltungen gefordert, die interkulturelle Öffnung in Gang zu bringen. Die Leitbildentwicklung ist ein wichtiger Schritt in diesem Prozess.

Schade, dass Neukölln, ein Bezirk, der sonst mit einigen Vorzeigeprojekten aufwarten kann, hier nicht vorankommt.

Susanna Kahlefeld

## Was passiert in der Karl-Marx-Straße?

### Umbau des ehemaligen Hertie-Kaufhauses hat begonnen



Foto: jüb

Derzeit lassen die Arbeiten an dem „Neubau“ eher einen Abriss vermuten. Der Fachmann nennt das wohl Entkernung. Es wird sicherlich noch etwas dauern, bis das frühere „Hertie“ in der Karl-Marx-Straße 92-98 wieder

ein Kaufhaus mit Modeläden, Drogerie- und Lebensmittelmarkt wird. 70 Millionen Euro sollen investiert werden. Im Gegensatz zu sonstigen Einkaufszentren und Passagen sind die Eingänge zu den Geschäften direkt der Straße zugewandt. „Das wird die Attraktivität der Karl-Marx-Straße steigern“, ist sich Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky sicher. jüb



Foto: Repro



Europa-Wahl 2009

# Europa klar machen

„Gäbe es die EU nicht, wir Grüne müssten sie erfinden“, sagt der wiedergewählte grüne Verkehrsexperte aus Berlin, Michael Cramer.

Der Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen hat seine Liste für die Europawahl am 7. Juni 2009 aufgestellt. Dabei ist Michael Cramer mit 73 Prozent der Stimmen auf den sicheren Listenplatz 6 gewählt worden. Die Liste wird angeführt von Rebecca Harms und Reinhard Bütikofer. Im Folgenden dokumentiert der Neuköllner Stachel auszugsweise die Rede von Michael Cramer zur Bewerbung um einen Listenplatz zur Europawahl:

Liebe Freundinnen und Freunde, als ich vor fünf Jahren zum ersten Mal für das Europäische Parlament kandidierte, habe ich euch erzählt, dass ich mit der Bahn von Berlin nach Tallinn 60 Stunden brauchte. Jetzt kann ich einen Erfolg vermelden. Es sind nur noch 35 Stunden. Schon besser, doch die Dampflokomotive im letzten Jahrhundert war immer noch 10 Stunden schneller. Immerhin, es geht voran. Und das muss auch so sein. Denn, wie Jacques Delors einmal sagte: „Die EU ist wie ein Fahrrad, wenn es stehen bleibt, kippt es um!“ Nur mit einem geeinten Europa, nur mit einem Grünen New Deal, können wir die Globalisierung positiv gestalten - ökologisch, ökonomisch und sozial. Gäbe es die EU nicht, liebe Freundinnen und Freunde, wir Grüne müssten sie erfinden. Nehmt die Krise der Automobilindustrie! Sie ist nicht nur eine Wirtschaftskrise, sie ist vor allem auch die Quittung für die falsche Philosophie der Branche: Größer-Schneller-Schwerer! Eigentlich heißt es ja immer: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Eine Strafe sind Milliarden-Subventionen für die Autofirmen wirklich nicht. Preisreduzierung für Spritschlucker und Milliardeninvestitionen in den Straßenbau? Das Gießkannenprinzip der Bundesregierung wird weder Arbeitsplätze retten noch den Klimawandel stoppen. Der Verkehr ist in der EU verantwortlich

für ein Drittel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen. Er ist der Schlüssel zur Bekämpfung des Klimawandels. Im Verkehr haben die Emissionen seit 1990 um mehr als 30 Prozent zugenommen. Die in anderen Bereichen erzielten Reduktionen werden vom Verkehr mehr als aufgeessen. Die umwelt- und klimaschädlichen Verkehrsträger auf der Straße und in der Luft werden milliardenfach gefördert. Eine verbindliche Maut für jedes Fahrzeug auf jedem Streckenkilometer gibt es nur auf der Schiene - und eben nicht, wie in der Schweiz, auf der Straße. Es ist politisch gewollt: Der Verkehr in Europa ist zu billig - nur der umweltfreundliche ist zu teuer. Das muss sich ändern! 90 Prozent aller Autofahrten in den Städten sind kürzer als 6 Kilometer, die ideale Entfernung für den Umstieg auf Bus, Bahn, Rad und Zu Fuß gehen. Trotzdem will Rot-Rot in Berlin eine Stadtautobahn bauen, die in den 50er Jahren geplant wurde. So sieht rote Verkehrspolitik aus, wenn kein Grün dabei ist. Wenn Grün dabei ist, ist das anders. Auf einer internationalen Konferenz sagte der rot-grüne Oberbürgermeister von München, Christian Ude: „Wir müssen BMW in Zukunft wie folgt definieren: - Bi eM double U - Biking, Metro, Walking“. Das, liebe Freundinnen und Freunde, ist der Unterschied! Grün macht den Unterschied! Viele von euch wissen: Mir persönlich

ist das Zusammenwachsen zwischen Ost und West ganz wichtig. Wir erleben immer wieder die Sprachlosigkeit zwischen Ost- und West-Europa - wenn es um Russland geht oder ob bei „68“ die einen an Pariser Hoffnungen und die anderen an Prager Verzweiflung denken. In diesem Jahr feiern wir den 20. Jahrestag der friedlichen Revolutionen in Ost- und Mittel-Europa. Mit dem Projekt „Europa-Radweg Eiserner Vorhang“ wollen wir den europäischen Wahlkampf der Grünen gestalten. Nicht nur an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze - auch an den Grenzen der 14 Mitgliedsstaaten der EU wollen wir mit organisierten Touren diese Erinnerung wach halten. Wir wollen, dass das EU-Parlament gestärkt wird. Die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, ist dabei kein Bündnispartner. Wie die Kaczynski-Brüder und Vaclav Klaus lehnt sie den Lissabon-Vertrag ab und sie zieht mit Peter Gauweiler vor das Bundesverfassungsgericht. Und wenn sie noch so laut die Internationale singt - ihre Europapolitik ist nationalistisch. Man muss den Lissabon-Vertrag nicht lieben, aber - er ist um ein Vielfaches besser als der gültige Nizza-Vertrag. Wir Grüne sind dafür, weil er Schluss macht mit dem Erpressungspotential des Vetorechts und weil er dem Parlament ein 95-prozentiges Mitemscheidungsrecht gibt, endlich auch im Agrarbereich! Wir Grüne sind die Europa-Partei. Wir wollen keine Testwahl für den Bundestag, wir wollen Mehrheiten für ein soziales Europa, für eine engagierte Klimapolitik und - natürlich - für eine verkehrspolitische Wende.



Mit den Spitzenkandidaten Rebecca Harms und Reinhard Bütikofer ziehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Europawahlkampf. Die Delegierten wählten in Dortmund ein 25-köpfiges Team, das zur Europawahl am 7. Juni für Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit kämpfen wird. Foto: Ingo Kuzia

## Was die Grünen wollen...

(aus der Präambel des Europawahlprogramms)

Wir GRÜNE möchten Sie für drei Dinge gewinnen:

- an der Europawahl am 7. Juni 2009 teilzunehmen,
- bei dieser Wahl GRÜN zu stärken
- und sich selbst darüber hinaus für die Gestaltung Europas zu engagieren!

Europa hat mehr Einfluss, als es den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist.

Viele der globalen Probleme, die uns alle betreffen, können nur von der Europäischen Union gelöst werden. Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechter Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen.

Doch dafür braucht es eine andere Politik in Europa. Mit Ihrer Stimme kämpft eine starke GRÜNE Fraktion im Europäischen Parlament für

-  eine Europäische Union, die Klima und Umwelt schützt und für eine sichere Energieversorgung sorgt,
-  eine Europäische Union, die zu sicheren Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit für Frauen und Männer beiträgt,
-  einen Grünen New Deal, der Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet,
-  eine Europäische Union, die ihrer internationalen Verantwortung gerecht wird,
-  eine Europäische Union, die konsequent Leben von Flüchtlingen rettet und Wege legaler Zuwanderung schafft,
-  eine Europäische Union, die sich um den Schutz Ihrer Bürgerrechte und Daten kümmert,
-  eine Europäische Union, die die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt,
-  eine Europäische Union, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist.

## Bericht vom Europaparteitag der Grünen:

# Die Zukunft heißt Europa

Von Hanna Schumacher, grünes Vorstandsmitglied im Kreisverband Neukölln

Besonders wichtig für Neukölln: Die Grünen stehen auch und gerade angesichts der anstehenden Wirtschaftskrise zu ihren 2008 in Nürnberg gefassten Beschlüssen für mehr Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur. Wenn künftige Generationen mit Schulden belastet werden, muss dieses Geld auch in ihre Zukunft investiert werden, deshalb muss in Deutschland deutlich mehr Geld in Bildung und Wissenschaft investiert werden.

Daneben darf ein Konjunkturprogramm die sozial Schwächeren nicht außen vor lassen. Die Senkung der Einkommenssteuer, wie sie Liberale und CDU fordern und die SPD nun auch mitträgt, kommt nur der Hälfte der Bevölkerung zu Gute, denn Menschen mit niedrigem Einkommen oder als Sozialleistungsempfänger zahlen keine Einkommenssteuern. Gerade sie, die an oder unter der Armutsgrenze leben, haben aber den größten Bedarf für einen höheren, die Konjunktur fördernden Konsum. Deshalb ist eine Anhebung des Hartz IV Satzes wichtiger als eine Steuersenkung.

Diese beiden Punkte wurden zusammen mit Investitionen im Bereich der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Beratungsinstitutionen, Schwimmbäder, Sporthallen usw.) und in Erneuerbare Energien und Klimaschutz immer wieder als Kern eines sinnvollen Investitionsprogramms genannt. An diesem Punkt herrschte große Einigkeit und der Wille, für diese Politik in den kommenden Wahlkämpfen Mehrheiten zu erringen.

### Programmdiskussion

Ganze 57 Seiten Europawahlprogramm und noch über 600 Änderungsanträge

hatten die Delegierten zu bewältigen. In der Diskussion zum Thema **Klima** zeigte sich weitgehend grünes Einvernehmen. Streitig abgestimmt wurde die Frage, ob die forcierte Forschung zum Thema Abtrennung von CO<sub>2</sub> nach der Verbrennung von Kohle und dessen Einlagerung in den Tiefen der Erde oder des Meeres in das Programm aufgenommen werden sollte. Eine sehr große Mehrheit sprach sich gegen diese Forschung aus. Milliarden in eine Technologie zu investieren, die existierende Großkraftwerke sichert, ist angesichts des großen Bedarfs an Forschungsmitteln im

Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz nicht mehrheitsfähig. Im Programmteil **Verbraucherschutz und Agrar** waren die Hauptthemen die Gentechnikzeichnung und der Schutz vor den Gefahren der Gentechnik sowie eine ökologische bzw. nachhaltige Landwirtschaft und deren Förderung. Im Bereich **Soziales** hieß das Plädoyer: Mehr soziale Absicherung und Mindestlohn. Steffi Lemke, politische Geschäftsführerin, führte diesen Gedanken fort, indem sie forderte, die Sozialpolitik müsse so gestärkt werden, dass sie mit der Wirtschaftspolitik „auf Augenhöhe“ stehe. Beim Kapitel **Demokratie und Bürgerrechte** gab es zwei wichtige Themen: Ein effektiver Datenschutz wird angesichts größer werdender europäischer Datenspeicher im Rahmen von Europol immer wichtiger. Und eine Abschottung der Außengrenzen Europas gegen Flüchtlinge mit militärischen Mitteln, ohne Rücksicht auf deren Leben und Gesundheit, darf es nicht mehr geben. Menschenrechte von Flüchtlingen in Europa müssen geachtet werden. Im Bereich **Kulturpolitik** geht es darum, mehr Menschen für Europa zu begeistern. Dazu heißt es im neuen

Wahlprogramm „You will not fall in love with the internal Market - Die Menschen werden sich nicht in den Binnenmarkt verlieben“. Ein schönes Schlußwort für die Programmdebatte, auch wenn anschließend natürlich noch über Friedens- und Entwicklungspolitik diskutiert wurde.

### KandidatInnen für Europa

Bei der Aufstellung der KandidatInnen zeigte sich die personelle Stärke von Bündnis 90/Die Grünen. Rebecca Harms und Reinhard Bütikofer wurden mit jeweils über 80 Prozent der Stimmen als Spitzenteam gewählt. Sie repräsentieren die Kompetenz der Grünen im Bereich Energie sowie Klima- und Umweltschutz. Heide Rühle setzte sich mit einer kämpferischen Rede zur Regulierung der Finanzmärkte und des Binnenmarkts im Sinne von Klimaschutz und Verbraucherschutz gegen Babara Lohbichler und Angelika Beer auf Platz 3 durch. Auf Platz 4 wählten die Delegierten den Mitbegründer von Attac, Sven Giegold, mit überzeugenden 73 Prozent. Damit stehen auf den Plätzen drei und vier überzeugende Verfechter grüner Wirtschafts- und Finanzpolitik und Verfechter des *Grünen New Deal*. Auf Platz fünf siegte Babara Lochbihler mit dem Thema Menschenrechte gegen die Außen- und Sicherheitsministerin Angelika Beer. Platz 6 ging nach einer überzeugenden Rede zu europäischer Verkehrspolitik an den Berliner Michael

Cramer. Auf Platz 7 häuften sich die Kandidaturen: Erst in einer Stichwahl setzte sich Ska Keller (als Kandidatin der Grünen Jugend und von Berlin und Brandenburg) mit über 60 Prozent als Siegerin durch. Die Wahl zu Platz 8 wurde zu einem gigantischen Rededuell. Werner Schulz war schon immer ein guter Redner und riss die Delegierten mit und wurde im 2. Wahlgang mit 68 Prozent der Stimmen gewählt. Auf die Plätze 9 - 12 wurden die Kulturpolitikerin Helga Trüpel, der Biobauer Martin Häusling und der Kandidat der Grünen Jugend Jan Phillip Albrecht gewählt. Am nächsten Morgen folgten in einem regelrechten Wahlmarathon die Sozialpolitikerin Elisabeth Schroedter, Gerald Häfner, Hiltrud Breyer, Andreas Braun, Gisela Kallenbach, Peter Alberts, Eva Maria Vögtle, Nikolaus Schütte zur Wick, Karin Schmitt-Promny, Constantino Gianfrancesco, Claire Labigne, Björn Hayer und Renate Knauf. Am Ende herrschte im Saal große Freude, aber auch Aufbruchstimmung. Die Delegierten sind mit ihrer Liste sehr zufrieden. Insbesondere die Berliner und Brandenburger: Sie haben ihre vier KandidatInnen: Reinhard Bütikofer, Ska Keller, Michael Cramer und Elisabeth Schroedter samt und sonders auf erfolgreichen Listenplätzen untergebracht. Hinzu kommt Werner Schulz, der lange für Berlin im Bundestag saß.



# „Shared space“ - Mehr Raum für Menschen

## Ein neues Verkehrskonzept macht Schule, auch in Neukölln?

Von Bernd Szczepanski, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen in der BVV Neukölln

„Shared space“, was bedeutet das eigentlich? Ok, so weit reicht unser Englisch noch: „geteilter“ oder besser „gemeinsam genutzter Raum“. Aber dahinter steckt weit mehr: ein gänzlich anderes Verkehrskonzept als das bisher übliche, das vorwiegend auf die Bedürfnisse autofahrender MitbürgerInnen bzw. auf den Wirtschaftsverkehr ausgerichtet ist.

Die Philosophie, die dahinter steht, stellt den Menschen und seine Mobilitätsbedürfnisse in den Mittelpunkt der Verkehrsplanung. Menschen sind eben nicht in erster Linie Autonutzer, sondern sie bewegen sich in ihrem Lebensraum überwiegend zu Fuß, Kinder und viele alte Menschen haben gar kein Auto, junge Mütter und Väter schieben ihren Kinderwagen zum nächsten Supermarkt, zur Post oder zum Arzt, Rollstuhlfahrer kreuzen die Straße. Immer mehr Menschen entdecken Nutzen und gesundheitliche Vorteile des Radfahrens.

Dieser Erkenntnis zum Trotz gilt bisher: die Straße gehört dem Auto! Dort fährt es mit (meist zu) hoher Geschwindigkeit, niemand darf sich ihm in den Weg stellen. Wer es dennoch tut, muss mit schwerem Schaden rechnen, wird im schlimmsten Fall mit dem Tode bestraft – 5000 Verkehrstote gab es 2007 in Deutschland, dazu 75.400 schwer und 356.000 leicht Verletzte. Fußgänger werden mit „Drängelgittern“ davon abgehalten, die Straße zu betreten, lange Umwege zur nächsten Verkehrsampel gelten als selbstverständlich, Radfahrer werden auf die Gehwege verdrängt (und gefährden dort Fußgänger). Eine Unmenge von Verkehrszeichen und Ampeln versucht, die Autofluten in geregelte Bahnen zu lenken, meist vergeblich.

### Neue Wege gehen

Hier setzte die Überlegung von Hans Mondermann, einem Verkehrsplaner aus den Niederlanden. Jahrzehntlang hatte er Verkehrswege nach herkömmlichem Muster geplant und endlich eingesehen, dass auf diese Weise eine Beruhigung und Entschärfung des Autoverkehrs nicht gelingen kann. Anstatt zu resignieren startete er 1985 in einer holländischen Kleinstadt ein Experiment und entfernte an einer stark befahrenen Ortsdurchgangsstraße mit hoher Unfallhäufigkeit nahezu alle Verkehrsschilder. Die Straßenoberflächen wurden umgestaltet und optisch angepasst, die Höhen angeglichen, so dass die bisherige Trennung von Gehwegen und Fahrbahn weitgehend

aufgehoben wurde. Ein weiteres entscheidendes Gestaltungselement ist der Kreisverkehr, der einen ruhigen, störungsfreien Verkehrsfluss ermöglicht, trotz gleicher Rechte aller VerkehrsteilnehmerInnen.

All diejenigen, die Mondermann für verrückt erklärt hatten, wurden schnell eines Besseren belehrt. Das Fehlen der Vorrangzeichen und die Öffnung des Straßenraums führten zu einer verstärkten Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme aller Verkehrs-



Bauarbeiten für einen großen Kreisverkehr im Zuge von Shared space

Foto: jüb

teilnehmerInnen und – entgegen aller Erwartung – es gab keinen Stau und kaum noch Unfälle, vor allem keine mit Personenschäden!

Das ganze funktioniert wie an einer Rechts-vor-Links-Kreuzung, an der plötzlich aus jeder Richtung ein Fahrzeug ankommt: der Verkehr kann nur weiterfließen, wenn alle Beteiligten miteinander kommunizieren – per Blickkontakt, ein Nicken des Kopfes, ein Handzeichen. Niemand kann stur auf seinem vermeintlichen

„Recht“ bestehen, gegenseitige Verständigung ist erforderlich, wie sie auch sonst das Zusammenleben von Menschen bestimmt. Wieso sollte das ausgerechnet im Straßenverkehr anders sein! Genau dies war das Credo von Hans Mondermann, das er auf unzähligen Veranstaltungen in ganz Europa engagiert vertrat.

Mondermann ist im Januar 2008 überraschend verstorben, nachdem er noch im November 2007 in Berlin auf einer Veranstaltung der Grünen sein Konzept vorgestellt und erläutert hatte. „Shared space“ aber ist nicht mit ihm begraben, im Gegenteil. Die EU hat Fördergelder für die Umsetzung zahlreicher Projekte in verschiedenen Ländern Europas bereitgestellt und seine „Fan-Gemeinde“ wächst stetig an. In den Niederlanden, in England, Frankreich, Dänemark und Deutschland legen beruhigte Hauptstraßen und sichere Plätze Zeugnis ab von der Sinnhaftigkeit seiner Ideen und setzen ihm damit ein Denkmal.

### Ein Ortstermin der überzeugt

Der Autor dieses Artikels und zwei weitere Neuköllner Grüne waren im Oktober letzten Jahres nach Bohmte gereist, eine Kleinstadt in Niedersachsen zwischen Osnabrück und Bremen. Dort hatten wir Gelegenheit, uns die nach „shared-space“-Prinzipien umgestaltete Hauptstraße mit großem Kreisverkehr anzusehen. Trotz eines enormen Anteils an Durchgangsverkehr, darunter viele



Vorsicht und Rücksichtnahme prägen das Verhalten aller Verkehrsteilnehmer

Foto: Bernd Szczepanski

schwere Fernlaster, verlief der Verkehr ruhig und ohne Probleme. Jürgen Biele stürzte sich mutig ins Getümmel und überquerte in aller Seelenruhe den Kreisverkehr. Keine quietschenden Bremsen, keiner hupte oder schimpfte aus dem Fenster. Alle fuhren etwas langsamer, warteten bis er vorüber war und setzten dann ihren Weg fort – wir waren überzeugt. Auch anschließende Gespräche mit Bürgermeister Goedejohann und Bohmter BürgerInnen brachten interessante Erkenntnisse, die wir gern in unserem Bezirk umsetzen würden, zum Beispiel bei der Umgestaltung der Karl-Marx-Straße. „Shared space“ ist keineswegs nur ein Verkehrsberuhigungskonzept sondern es fordert und fördert das bürgerschaftliche Miteinander. So kann die Umsetzung auch nur Erfolg zeitigen, wenn eine umfangreiche Bürgerbeteiligung die gesamte Planung begleitet.

### Und Neukölln?

Dem Neuköllner Baustadtrat Blesing fielen bei einem Gespräch über das Thema als erstes die hohen Kosten ein. Der Umbau der Bohmter Hauptstraße hat in der Tat 2,35 Mio. Euro gekostet, von denen knapp 50 Prozent auf die Gemeinde entfallen, die zum Teil über Schulden aufgebracht werden müssen. Den Rest finanzieren der Landkreis Osnabrück, das Land Niedersachsen und die EU. (Die Bohmter SPD hatte übrigens als einzige Partei gegen das Projekt gestimmt.) Auch in der

Neuköllner Bauverwaltung steht man dem Konzept eher kritisch bis ablehnend gegenüber, nicht nur der Kosten wegen. Es wird bezweifelt, dass die Erfahrungen aus der Kleinstadt auf eine Großstadt wie Berlin übertragbar sind und man meint, die bekanntermaßen besonders rüden Neuköllner Autofahrer würden niemals freiwillig auf ihre vermeintlichen Privilegien gegenüber nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern verzichten.

Wir sind jedoch fest davon überzeugt, dass „shared space“ ein Planungsansatz ist, der die im wahrsten Sinne des Wortes „verfähere“ Verkehrssituation auch in unserem Bezirk wesentlich verbessern könnte. Wir Grünen werden uns weiterhin für dieses Konzept einsetzen.

Ergänzende Informationen über „shared space“ und bereits umgesetzte Maßnahmen in ganz Europa finden sich im Internet, z. B. unter [www.shared-space.org](http://www.shared-space.org) (in Englisch); [www.bohmte.de](http://www.bohmte.de) bzw. einfach „shared space“ oder „Mondermann“ googeln.

Bernd Szczepanski



## Wie gut sind Berliner Radwege? Tschechische Verkehrsexperten haben sie getestet

Rund zwanzig Fahrradaktivisten und kommunale Verkehrsplaner aus Tschechien informierten sich letzten Oktober über die Förderung des Radverkehrs in Berlin. Sie verfolgten Vorträge über Radverkehrsplanungen sowie die diversen Arten von Radwegen, Abstellanlagen und Fahrradtypen.

Vor allem aber erkundeten die Gäste diese ausgiebig vom Sattel aus. Schwerpunkte bildeten die Bezirke Pankow und Neukölln. Hier schlofen auch die Teilnehmer in der Vereinsetzung der „Freunde Neuköllns“.

### Berlin „paradiesisch“

Einige Gäste fanden die Verhältnisse in Berlin „paradiesisch“ - im Vergleich zur meiststiefmütterlichen Behandlung des Radverkehrs in ihrer Heimat. Ursache dafür sei weniger die oft hügelige

Topografie, sondern hauptsächlich die autofixierte Mentalität von Bürgern und Verkehrspolitikern.



Fahrt durch den Görlitzer Park...

Foto: Jitka Vrtalova

### „Bett & Bike“

Gleichwohl gibt es Fortschritte bei der nachhaltigen Mobilität: so hat „Greenways“ 2.500 Kilometer Radfernwanderwege mit Übernachtungsmöglichkeiten in ganz Tschechien entwickelt ([www.nakole.cz](http://www.nakole.cz)).

Die „Nadace Partnerství“ („Stiftung Partnerschaft“) vergibt seit 2002 einen begehrten Preis für

Verkehrsberuhigung an Kommunen. Organisiert hatte die Exkursion Daniel Mourek von der Partnerschaftsstiftung aus Prag und Bernd Szczepanski von „mobilocal 21“ aus Neukölln.

Manfred Herrmann

## Stillstand macht keinen Lärm Aktionsplan des Senats zur Lärminderung

Der am 20. Januar 2009 vom Senat verabschiedete Aktionsplan zur Lärminderung hat diesen Namen nicht verdient. Das ist für die umweltpolitische Sprecherin der grünen Abgeordnetenhausfraktion, Felicitas Kubala, eine unumstößliche Tatsache.

Denn dieser „Aktionsplan“ ist viel Plan aber keine Aktion! Aktionen gegen Berlins Umweltproblem Nummer eins - den Lärm - wird es in dieser Wahlperiode wohl nicht mehr geben. Schon heute sind in Berlin 200.000 Menschen durch Lärm erheblich belastet. Doch weniger Verkehrslärm wird es bis 2012 nur auf 0,25 Prozent der Berliner Hauptverkehrsstraßen geben. Die Untätigkeit des Senats in Sachen Lärmschutz ist beschämend. Dabei hatten ExpertInnen dem Senat zahlreiche Vorschläge zur Lärmbekämpfung gemacht, die zudem

auch die Feinstaubbelastung senken und die Verkehrssicherheit erhöhen. Mehr Platz für Fahrräder und Fußgänger, weitere Tempo-30-Bereiche, mehr und bessere Güterverteilzentren oder LKW-Routenempfehlungen. Nichts davon wird bis 2012 umgesetzt. Abgelehnt hat die rot-rote Koalition auch grüne Vorschläge zum Lärmschutz wie die Sperrung der John-Foster-Dulles-Allee und der Straße des 17. Juni an den Sommerwochenenden. Das hätte Ruhe in den Tiergarten gebracht: Vogelgesang statt Autolärm. Naturschutzverbände fordern seit Jahren Maßnahmen gegen den Lärm, jedoch der Senat ist taub. Lärm macht eben taub! Der Lärminderungsplan wurde mit großem personellen und finanziellen Aufwand erarbeitet. Doch leise wird nur die Politik des Senates: Stillstand macht eben keinen Lärm.

jüb



## Stadtteilmütter mit neuen Aufgaben Senat und Bezirk unterzeichnen Kooperationsvertrag

**Was haben wir gebangt und gehofft! Lange war unklar, ob und wie die weitere Arbeit der Neuköllner Stadtteilmütter gesichert werden kann. Nachdem im Dezember vorigen Jahres bereits die Zusage kam, dass die Stadtteilmütter weitermachen können, wurde am 19. Januar 2009 im Neuköllner Rathaus in Anwesenheit von Presse sowie Funk und Fernsehen des rbb der neue Kooperationsvertrag unterschrieben, der dieses wichtige Modellprojekt für die Jahre 2009 und 2010 weiter absichert.**

Neben Bezirksbürgermeister Buschkowsky, der den anwesenden PressevertreterInnen noch einmal deutlich machte, welchen Stellenwert die Arbeit dieser Frauen für unseren Bezirk hat, waren Sozialsenatorin Knake-Werner, Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer und der neue Leiter des Jobcenters Neukölln, Konrad Tack, zur Unterschrift ins Rixdorf-Zimmer des Rathauses Neukölln gekommen. Ihr Partner war wie bisher das Diakonische Werk Neukölln-Oberspree als Träger, vertreten durch Herrn Lemming und Frauen aus dem Projekt.

Alle Beteiligten stellten aus ihrer Sicht die Schwerpunkte der neuen Kooperationsvereinbarung dar. Frau Knake-Werner wies nicht nur auf die sozialen Aspekte für den Bezirk hin, sondern auch auf die Sicherung von über 100 Arbeitsplätzen über den öffentlichen Beschäftigungssektor, die Langzeitarbeitslosen Chancen auf eine berufliche Perspektive eröffnet. Bis Ende 2008 wurden insgesamt 145 Frauen – überwiegend türkischer, kurdischer und arabischer Herkunft – zu Stadtteilmüttern qualifiziert, 115 sind derzeit aktiv, besuchen und beraten Familien. In den kommenden zwei Jahren werden sie in einem neuen Bereich weiter qualifiziert, der „Förderung von Kindern im Grundschulalter“. Dazu werden die



Im Rixdorfzimmer des Rathauses Neukölln machten die Senatorinnen Junge-Reyer und Knake-Werner, Bezirksbürgermeister Buschkowsky und Jobcenter-Leiter Tack die Zukunft der Stadtteilmütter sicher.  
Foto: Bernd Szczepanski

Stadtteilmütter nunmehr an Neuköllner Grundschulen fest verortet, stehen regelmäßig im Elterncafé oder in der Schulstation als Ansprechpartnerinnen zur Verfügung, um Eltern in der schulischen Förderung und Entwicklung ihrer Kinder zu unterstützen. Neu ist auch die Aufhebung der bisherigen Begrenzung der Einsatzgebiete. Nunmehr können die Stadtteilmütter auch außerhalb der Quartiersmanagementgebiete Familien zu Hause besuchen, denn diese Beschränkung war äußerst hinderlich, da Familienprobleme überall auftreten

können. Beide neuen Aufgabenfelder waren von den Stadtteilmüttern selbst angeregt worden.

Die Finanzierung schlägt übrigens für beide Jahre mit ca. 3,8 Mio. Euro zu Buche. Den Hauptanteil trägt die Arbeitsagentur, die Kofinanzierung übernehmen die Senatsverwaltungen

für Integration, Arbeit und Soziales sowie für Stadtentwicklung (u. a. aus Mitteln des Programms „Soziale Stadt“). Die Diakonie stellt Personal für die Begleitung des Projekts sowie Weiterbildung und pädagogische Betreuung der Stadtteilmütter. Wir wünschen den Stadtteilmüttern auch weiterhin Erfolg und Freude bei ihrer Arbeit, die für Kinder und Familien in unserem Bezirk gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Bernd Szczepanski

## Verein proNeubritz gegründet Damit ein Sanierungsgebiet nicht auf der Strecke bleibt

**Am 12. Dezember 2008 wurde der Verein proNeubritz gegründet. Die elf Gründungsmitglieder wählten den Sprecher der Betroffenenvertretung Bertil Wever zum 1. Vorsitzenden. Um den Sinn und Zweck des Vereins zu verstehen, geht der Blick zunächst zurück.**

Im Jahre 1994 wurde für das Gebiet zwischen Delbrückstraße im Norden, Karl-Marx-Straße/Buschkrugallee im Osten, Jahnstraße im Süden sowie Hermannstraße/Britzter Damm im Westen eine „Sozialstudie“ veröffentlicht.

Darin wurden im Rahmen „vorberreitender Untersuchungen“ die Defizite des heutigen Sanierungsgebietes aufgelistet: Ungenügende Pausen- und Sportflächen in der Zürich-Grundschule, fehlende Kindergartenplätze, zu wenig Spielplätze, unzureichende Grün- und Freiflächen im Gebiet usw. Am 1. März 1994 wurde auf Einladung des Bezirksamts Neukölln eine Betroffenenvertretung quasi als „Bürgerinitiative von oben“ gewählt. Diese Interessenvertretung der Mieter, Gewerbetreibenden und Hauseigentümer ist seither das Sprachrohr der Menschen vor Ort gegenüber den Akteuren der Sanierung im Bezirk und in der Senatsverwaltung.

Seit der förmlichen Festsetzung des Sanierungsgebietes am 25. Oktober 1995 wurde viel erreicht: So die Erweiterung der Zürich-Grundschule, die Gartenarbeitsschule und der „Kulturbunker“ in der Rungiusstraße, der Spielplatz in der Bürgerstraße, das

Jugendberatungshaus mit Kita und Hort in der Glasower Straße, das Gewerbezentrum „Juliushof“ und die Verkehrsberuhigung in einigen Bereichen. Aber manches ist noch nicht beendet, wie der Ausbau der Zürich-Grundschule oder noch gar nicht begonnen, wie die Verkehrsberuhigung in der Delbrückstraße. Für die Bespielung des „Kulturbunkers“ wird dringend ein Betreiber gesucht. Ob die Townhouses in der Wederstraße jemals gebaut werden und was aus dem Grundstück Britzter Damm 5 wird, ist derzeit noch immer offen. Auch machen sich noch fehlende Einrichtungen der offenen Jugendarbeit zunehmend bemerkbar. Die mangelnde Pflege des Carl-Weder-Parks, die wird wohl immer ein ärgerliches Thema bleiben.

### Sanierungsziele nicht erreicht

Dennoch hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung am 25. November 2008 Untersuchungen zur Aufhebung des Sanierungsgebietes zum Ende dieses Jahres in Auftrag gegeben. Mit dem Ende der Sanierung fällt auch die Legitimation der Betroffenenvertretung weg.

Dabei verstärkt sich insgesamt der Eindruck, dass mit städtebaulichen

Maßnahmen allein die Menschen vor Ort nicht erreicht werden können: Im letzten Jahr hat das „Monitoring Soziale Stadt“, die „Häußermann-Studie“, für viel Aufsehen gesorgt. Danach bilden die „Verkehrszellen“ Thomasstraße (309) und Buschkrugbrücke (303), in denen sich das Sanierungsgebiet befindet, nahezu das soziale Schlusslicht aller 319 Berliner statistischen Bereiche. Hier ist die (Kinder-) Armut sowie die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit erschreckend hoch und die negativen Tendenzen halten unvermindert an. Das Gebiet zwischen S-Bahnring im Norden, Teltowkanal im Osten, Buchkrugallee im Süden sowie Britzter Damm im Westen weist demnach schlechtere Werte auf, als alle anderen „Interventionsgebiete“ in Neukölln. Die Betroffenenvertretung hat vergeblich an den Bezirksbürgermeister, Herrn Buschkowsky, geschrieben, damit das Sanierungsgebiet um ein Quartiersmanagement-Gebiet ergänzt oder abgelöst wird, um Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ zu erhalten.

Doch wenn es ums Geld geht, verweist der Bezirk wie immer auf die zuständige Senatsverwaltung. Diese hat dem „KranoldWederNetz“ am 20. Oktober 2008 mitgeteilt, dass „vor dem Hintergrund der finanziell nur begrenzten Möglichkeiten“ und

## Bezirk ehrt Ehrenamtliche Neuköllner Ehrennadel im Schloss Britz verliehen

Alljährlich versammeln sich die Repräsentanten des Bezirks im Schloss Britz, um sich bei höchst engagierten Ehrenamtsträgern für verdienstvolles Eintreten für den Bezirk Neukölln zu bedanken. Dies geschieht zwar nicht mit „schnödem Mammon“, sondern durch die Verleihung der Neuköllner Ehrennadel. Die Juroren, der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und seine Stellvertreterin Stefanie Vogelsang, hatten es wie immer nicht leicht mit der Auswahl, doch können auch diesmal die Neuköllnerinnen und Neuköllner mit dieser Auswahl zufrieden sein:

**Hendrik Gottfriedsen** war maßgeblich daran beteiligt, dass die Bundesgartenschau 1985 nach Berlin kam und ein Erfolg auch für Neukölln wurde. Er sorgt auch dafür, dass der Britzer Garten zu einem Aushängeschild für den Bezirk Neukölln geworden ist.

**Dieter Herrmann** leitet seit November 1987 ehrenamtlich als 1. Vorsitzender die Geschicke des Vereins „Freunde

Neuköllns“. In dieser Funktion hat er es sich zur Aufgabe gemacht, die Neuköllner Städtepartnerschaften zu pflegen und maßgeblich zu gestalten.

**Horst Kluge** war als Leitender Sozialarbeiter und stellvertretender Bereichsleiter in der Beratungsstelle für Behinderte und Krebskranke tätig. Seit über 40 Jahren setzt sich Horst Kluge für die gesellschaftliche Eingliederung und Rechte behinderter Menschen aktiv ein.

**Elisabeth Kruse** arbeitet seit einigen Jahren engagiert als Pfarrerin in der Neuköllner Genezareth-Gemeinde. Mit der Bildung des „Interkulturellen Zentrums“ schuf Elisabeth Kruse einen Ort der Begegnung zwischen Religionen und Kulturen.

**Henning Vierck** entwickelte die Idee des „Comenius-Gartens“ und hat einen entscheidenden Anteil daran, dass der Comenius-Garten in einem sozialen Brennpunkt Neuköllns als ein beliebter Denk- und Ruhepunkt gleichermaßen gern von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen genutzt wird.



In historischem Ambiente ehrt der Bezirk verdiente Neuköllnerinnen und Neuköllner. Dieter Herrmann 2.v.l., Elisabeth Kruse 5.v.l., Hendrik Gottfriedsen 3.v.r., Henning Vierck 2.v.r., Horst Kluge 1.v.r., ganz vorne Heinz Buschkowsky.  
Foto: jüb

„intensiver Prüfung und Abwägung“ die Priorität auf andere Gebiete im Norden Neuköllns gelegt wird. Mit anderen Worten: Ein bisschen Flickschusterei im Norden und die „heile Welt“ beginnt in Neukölln gleich nach der S-Bahnunterführung! Vor dem Hintergrund der Beträge, die aufgrund der Finanzmarktkrise im Rahmen von Konjunkturpaketen plötzlich für die Zocker in den Banken und den ewig PS-vernarnten Lenkern der Autokonzerne locker gemacht werden können, klingt das wie Hohn! In absehbarer Zeit wird also das Sanierungsgebiet förmlich aufgehoben und die hauptberuflichen Akteure ziehen sich zurück.

### Wie soll es weitergehen?

Dann kommt es ganz wesentlich auf Menschen an, die sich schon jetzt freiwillig und ehrenamtlich für

Neubritz einsetzen: Dazu gehört das „KranoldWederNetz“, ein Zusammenschluss freier und öffentlicher Träger, Kirchen, Schulen und anderer Institutionen. Oder die „Neubritzer Bürgermeile“, ein positives Beispiel privater Initiative und Engagements. Einzelne Anwohner des Weder-Parks sind mittlerweile bereit, sich persönlich um die Pflege zu kümmern. Wieder andere engagieren sich bei Schulspeisung oder als Lesepaten. Allen diesen Initiativen will der Verein **proNeubritz** einen organisatorischen Rahmen geben. Vielleicht gelingt es dem Verein, politischen Druck auszuüben, damit das Gebiet um die Wederstraße nach der Sanierung nicht „vergessen“ wird. Und wer weiß, vielleicht ist **proNeubritz** eines Tages Träger eines QM-Gebietes, so wie es einmal der Verein Morus 14 e.V. für das Rollbergviertel war?! Bertil Wever

### Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

Ich möchte nicht nur ein, sondern \_\_\_\_\_ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

Ich möchte Mitglied werden

Vorname, Name                      Straße                      Wohnort

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln  
Postfach 440629, 12006 Berlin





Unter der Lupe

Adieu Sarrazin

Hat er es doch endlich geschafft, der Thilo, seines Zeichens größter Sparkommissar von Wowerits Gnad: Ab zur Bundesbank, zum ganz großen Geld... Die Berliner sollten nicht allzu traurig sein und ihn in Ruhe und vielleicht auch mit klammheimlicher Freude ziehen lassen. Er, der sich so oft mit Häme über Menschen lustig machte, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu den Schwächeren der Gesellschaft zählen. Oft fand diese sarrazin'sche Heiterkeit auch noch Beifall bei den so genannten „Besserverdienenden“: Etwa, wenn er riet, dicke Pullover anzuziehen, statt sich über hohe Heizkosten zu mokieren, oder wenn er den Harz-IV-Empfängern cent-genau vorrechnete, warum die Regelleistungen für ihren Lebensunterhalt noch zu reichlich bemessen sind. Seien wir doch froh, dass wir diesen oft so unerbittlichen Streich- und Kürzungsdespoten nun loswerden. Auch wenn jetzt ein Wehklagen anhebt, weil die Zeit „von Vernunft und Härte“ gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und manch anderen „Sozial-Lobbyisten“ vorbei ist, auch Thilo Sarrazin ist nicht unersetzbar. Man darf nicht vergessen: Der Berliner Finanzsenator war immer nur Diener seines Herren, Auftraggeber vieler seiner wüsten Streichorgien war sein Chef, Klaus Wowereit. Und wenn sich Sarrazin nun in Richtung Bänkermetropole Frankfurt am Main von Berlin verabschiedet, sollten wir ihm nicht „Auf Wiedersehen“ sagen, sondern Adieu! Sparsam wirtschaften können auch andere, und auf Diskriminierung der „Sparopfer“ sollte sein Nachfolger jedenfalls verzichten, darauf müssen wir achten... Meint Jürgen Biele.



# Des Stachels bunte Seite

## Unterwegs in Neukölln:

### Kultur für alle oder Ruhe für wenige?

#### Über die andere Kultur im Bezirk

*Dunkel erinnere ich mich noch an jene nicht allzu fernen Zeiten, als man sich regelrecht dafür entschuldigen musste, in Neukölln zu leben und dazu unseren Bezirk auch noch spannend, schön und interessant zu finden. Die Palette reichte von resigniertem Bedauern: „aber sag nur nicht, dass ich Dich nicht gewarnt hab...“ über gut gemeinte Ratschläge: „Du, in unserem Haus in Prenzlauer Berg wird bald eine Wohnung frei, für nur 800 €...“ bis hin zu den üblichen „knallharten“ Klischees: „also für mich wär das ja nichts, ständig den Revolverkugeln ausweichen zu müssen.“*

Damals gab es ungefähr 10 „brauchbare“ Kneipen, überwiegend im Schiller- sowie im Reuterkiez (von einigen Ignoranten auch als Kreuzkölln bezeichnet). Dass sich das geändert hat, ist mittlerweile bekannt und fast vierzehntägig von neuem in der Zitty zu lesen. Inwieweit der Skandal um die Rütlschule und der umstrittene Film „Knallhart“ diese Entwicklung befördert oder eher behindert hat, wäre in diesem Zusammenhang eine interessante Diskussion. Fast wöchentlich kann man mittlerweile neue Entdeckungen machen. Hier einige Beispiele: Im **Sowieso** Weisestraße 24 herrscht eine warme, ruhige Atmosphäre. Aufwendige Wand- und Bodenfliesen aus der Gründerzeit erinnern an die Zeit, als der Laden noch als Metzgerei genutzt wurde, während altertümliche Tapeten und die vergoldete Kassettendecke die heimelige Atmosphäre verstärken. Aus dem Lautsprecher klingt dezenter Modern Jazz.



Sowieso - Kulturstandort im Schillerkiez mit dem Charm einer alten Metzgerei; Foto: jüb

Marc van der Kemp, ursprünglich aus den Niederlanden stammend, hat sich einiges vorgenommen: Regelmäßige Konzerte, Lesungen, Performences sowie Puppentheater für Erwachsene und Kinder sollen den Laden zu einem neuen Kulturstandort im Schillerkiez werden zu lassen. Bei 48 Stunden Neukölln sowie Nacht und Nebel ist das Sowieso selbstverständlich mit vertreten und van der Kemp engagiert sich darüber hinaus auch im Kiezbeirat. „Wir müssen es schaffen, den Kiez so attraktiv werden zu lassen, dass nicht nur einige Studenten oder linke Wohnprojekte gerne hier leben. Auch für junge Familien muss etwas getan werden. Nur wenn diese bleiben, kann es auch im Kiez aufwärts gehen.“ Mit

Sorge blickt van der Kemp – selbst Vater zweier kleiner Kinder auf die Situation an den Schulen. „Wie kann man es erreichen, dass die Kinder in Ihrer Schulbildung, wie auch in ihrer Freizeitgestaltung nicht benachteiligt werden, wenn nahezu die gesamte Schülerschaft der Neuköllner Grundschulen bildungsfernen Schichten

Kunstraum „Salon Petra“: freundliche Atmosphäre, Probleme mit Anwohnern wurden gelöst; Foto: jüb



entstammt?“ Eine Frage, auf die nicht nur von der Kemp keine Lösung weiß. Seinen Laden sieht er daher nicht zuletzt als Weg hin zu einem „neuen Schillerkiez“. Dass das **Sowieso** von vielen Kiezbewohnern in gewisser Weise als Exot wahrgenommen wird,

nimmt er dabei in Kauf, freut sich aber, dass es bislang zu keinerlei Konflikten mit Anwohnern gekommen ist. „Generell herrscht hier doch eine andere Kultur, als etwa in Kreuzberg oder Friedrichshain, wo die Kulturkneipen als selbstverständlicher Bestandteil urbanen Lebens akzeptiert sind. Das Verständnis bei der angestammten Bevölkerung muss hier noch wachsen.“ Die Betreiber des Kunstraums **Salon Petra**, Hobrechtstraße 47, wissen sehr wohl von Problemen mit Anwohnern zu berichten. Mit einem vielseitigen Programm, von Filmabenden mit Jazzimprovisation, über Konzerte, wechselnde Ausstellungen bis hin zum gemeinsamen Tatort gucken,

wird einiges geboten. Auch dieser Raum vermittelt eine freundliche Atmosphäre. Schnell kommt man mit anderen Gästen und den Inhabern ins Gespräch. „Wir haben es mittlerweile geschafft, uns mit den Anwohnern zu arrangieren. Aber mehr als zwei Musikveranstaltungen pro Woche gehen definitiv nicht. Aber lieber so, als das Schicksal des Breedies erleiden zu müssen.“ Diese Kneipe, ebenfalls in der Hobrechtstraße, musste bereits wenige Monate nach Eröffnung auf Grund massiver Anwohnerproteste wieder schließen. Mit etwas Neid blickt Uwe, einer der Betreiber, nach Friedrichshain: „Wenn in der Simon-Dach-Straße jemand kurz nach dem Einzug in die neue

Wohnung voller Erstaunen feststellt, dass es dort 43 Kneipen gibt, hat er eben Pech gehabt. Hier, in Neukölln wird das leider anders gesehen.“ Die **Lange Nacht**, Weisestraße 8, hat keinen expliziten Kulturanspruch. Einfach eine kleine, gemütliche Kiezkneipe, in der man auch mal zum Fußball gucken geht. Aber auch dort gibt es eine regelmäßig offene Bühne, die ab 2009 eingeschränkt werden muss. Songwriter und Gitarrist Andreas, der Organisator der offenen Bühne in der **Lange Nacht**, ist darüber mehr als zerknirscht: „Autolärm wird von den Leuten als Naturgewalt hingenommen, aber wehe, jemand klimpert mal auf einer akustischen Gitarre rum...“ Gemischte Gefühle bleiben zurück. Kann es denn wirklich sein, dass die Aufbruchstimmung, die unseren Bezirk erfasst hat, wieder zerstört wird? Ist es wirklich zu viel verlangt, gegenüber Kulturschaffenden, also gegenüber denen, die Nord-Neukölln maßgeblich voranbringen, Toleranz zu zeigen? Lohnt es sich nicht, im Interesse des Wandels unseres Bezirks, von dem letztlich alle profitieren werden, diese Entwicklung mitzutragen? Wollen wir wirklich zurück zur alten Neuköllner Tristesse? Wir von den Neuköllner Grünen stehen voll hinter der neuen Entwicklung. Wir freuen uns über den Kulturstandort Neukölln. Liebe Kulturschaffende: Macht weiter so! Das wünscht sich Peter Koller

## Damals war's ...



### ... vor 25 Jahren:

Im März 1984 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste zu lesen:

### Neukölln ohne Drogenberatung

Ab April 1984 wird es die Neuköllner Drogenberatungsstelle am Richardplatz nicht mehr geben. Nach langwierigen Auseinandersetzungen mit der Senatsverwaltung um eine sinnvolle Drogenarbeitskonzeption haben nun sämtliche Mitarbeiter/innen dieser Einrichtung zu Ende März gekündigt. Diesem Schritt vorangegangen war die Streichung von vier der insgesamt zehn Beraterstellen durch die Senatsseite. Unter diesen eingeschränkten Bedingungen hält die Drogenberatungsstelle eine sinnvolle Drogenarbeit im Bezirk nicht mehr für möglich, da sie damit ihre vielfältigen Aktivitäten nicht aufrechterhalten kann. Der bisherigen Protest gegen die Senatsmaßnahmen - auch und gerade von Beschäftigten im Jugendbereich vorgetragen - blieb ohne Erfolg. Ein Antrag der AL im Jugendausschuss des Abgeordnetenhauses auf Freigabe der entsprechenden Mittel wurde zwar von der SPD unterstützt, aber von der CDU-Mehrheit abgelehnt. In Neukölln beschloss die BVV-Mehrheit im November 1983 einen entsprechenden AL-Antrag zunächst im Jugendwohlfahrtsausschuss zu erörtern. Bislang fanden sich aber weder die CDU noch die SPD bereit, über diese für unseren Bezirk wichtige Angelegenheit zu reden und Stellung zu beziehen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, daß insbesondere der Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsausschusses, Löhle (SPD), es verstand, diese Angelegenheit von der Tagesordnung des Ausschusses fernzuhalten. Dabei wäre es geboten gewesen, daß dieses bezirkliche Gremium wegen der besorgniserregenden Entwicklung der Drogenproblematik auch in Neukölln den Senatsvorstellungen widersprochen hätte. Angesichts dessen stellt sich schon die Frage, ob Herr Löhle (der bei der für die Streichungen zuständigen Senatsstelle beschäftigt ist!) bei seiner Verzögerungstaktik vor allem auf die Interessen seiner Dienststelle und weniger auf die bezirklichen Erfordernisse Rücksicht genommen hat. Nun, wo es jedenfalls zu spät ist, soll denn doch im Jugendwohlfahrtsausschuss über dieses Thema gesprochen werden.

### Der letzte Punkt

**Steuersenkungen oder nicht?** Die SPD lehnte sie für das Konjunkturprogramm vehement ab, weil sie zu Recht meinte, es würden damit in erster Linie die gut Verdienenden besser gestellt. Dann knickte sie ein und stimmte für weniger Steuern für die, die mehr verdienen... **Albert Einstein: Um ein tadelloses Mitglied einer Schafherde sein zu können, muss man vor allem ein Schaf sein.**

